

Erscheinung

täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags.

Verlagspreis

vierteljährlich 3,50 Mk. frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen 3 Mk. 25 Pf.

Anzeigenpreise 25 Pf. Einzelnummern kosten 10 Pf.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die vierteljährliche Gesamtsumme oder deren Raum 20 Pf.; im Nachdruckentwurf die vierteljährliche 25 Pf. — Nach Satz bei anderen Verhältnissen. — Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Postfach 78, Homburg 414
Postfach 11569
Frankfurt a. M.

Die Antwort Willsons.

B. Aus Washington wird eine Lesart der neuen Antwort Willsons auf die deutsche Note vom 15. Oktober mitgeteilt. Es fehlt allerdings die amtliche Bestätigung, und bis diese erfolgt, wird es sich empfehlen, mit dem Urteil zu warten. Feststellen läßt sich nur allgemein, daß die Tonart weit schärfer ist als in der ersten Note. Offenbar hat Wilson in den letzten Tagen in einem besondern lebhaften Gedankenaustausch mit Paris und London gestanden, so daß er das Rohmaterial für seine Antwort schon fertig hatte, ehe die deutsche Note eintraf. Es fällt auf, daß der Präsident sich in leidenschaftlichen Worten gegen angeblich gesetzwidrige und unmenschliche Handlungen der deutschen Streitkräfte ergeht. Darin ist ohne Mühe die Arbeit der französischen und englischen Staatsmänner zu erkennen, die wieder eine Fülle wilder Greuelmärchen über die deutsche Kriegsführung haben aufsteigen lassen. Von deutscher Seite ist einwandfrei festgestellt, daß die planmäßige Zerstörung blühender Ortschaften im Westen das Konto der feindlichen Heeresleitung belastet. Französische, englische und amerikanische Batterien, Herr Präsident, sind es, die Tag für Tag Städte und Dörfer zusammenschleßen, die weit hinter der deutschen Front liegen. Wenn das Willson und seine Verbündeten mit brechenden und brennenden Herzen betrachten, so hat ihnen ja die deutsche Regierung den Weg gewiesen, diese Greuel der Zerstörung für immer zu beenden. Aber der Präsident weicht der Frage nach Waffenstillstand dadurch aus, daß er alles der Entscheidung der militärischen Stellen anheimgibt. Es ist aber klar, daß die Bedingungen, die die feindliche Heeresleitung festsetzt, keinerlei politische Rücksichten nehmen werden. Die deutsche Regierung wandte sich an den Präsidenten Wilson, um den Krieg zu beenden. Sie bot die Räumung an, bezog sich damit also eines Vorteils, der dem Gegner voll zuteil wurde, während keine Gegenleistung der Feinde gegenüberstand. Ebenso gilt dies hinsichtlich der Garantien und Sicherheitsleistung für den U-Bootkrieg. Es ist unerfindlich, wie Willson seine Einstellung vor Abschluß des Waffenstillstandes verlangen kann. Wenn der Präsident die Nachteile für die Befahrung der Handelschiffe hervorhebt, so darf doch nicht übersehen werden, daß die rücksichtslos gehandhabte Blockade Nachteile und Leiden über die Zivilbevölkerung nicht nur der Mittelmächte, sondern auch der Neutralen hervorruft. Tatsächlich hat ja die deutsche Note an Willson, die so großes Entgegenkommen bewies, gerade in neutralen Ländern wie eine nahende Befreiung von der Hungergeißel des Krieges gewirkt. Wenn diese Erwartung abermals zunichte werden sollte, so muß das die Neutralen viel härter treffen als die Mittelmächte, die sich selbst versorgen können. Endlich fällt der Schlussteil in der Antwort Willsons auf. Der Präsident weist auf seine Rede am Grabe Washingtons hin, in der er die Vernichtung jeder willkürlichen Macht verlangte, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören. Wenn nicht die Vernichtung möglich sei, dann die Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. Diese Forderung wurde seinerzeit auf den Zarismus bezogen, der aber damals schon in Stücke gebrochen war. Der Suchomlinow-Prozess hat ja erwiesen, daß es die willkürliche Macht des Zaren und seiner wenigen Ratgeber war, die allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Frieden störten. Heute sagt Willson, daß er gerade die Macht im Auge gehabt habe, die bisher das Schicksal der deutschen Nation bestimmte. Weiter heißt es im noch nicht bestätigten Text der Note, daß es allein in der Macht des deutschen Volkes liege, dies zu ändern. Das ist richtig. Ebenso auch, daß es in schreiendem Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker steht, wenn einem andern Volke Handlungen aufzuzwingen werden sollen, die tief in seine Geschichte, sein Wesen und seinen Organismus eingreifen.

Stimmungen.

Wenn Willson in diesen Tagen einen Blick in die deutsche Presse werfen könnte, würde er, wie die „Germania“ schreibt, aus der in der Sache weitgehenden Übereinstimmenden Beurteilung seiner neuesten Antwort erkennen müssen, daß er die Friedensfrage diesmal mehr kompliziert als gefördert hat. Aus dem sachlichen Inhalt seiner Note müssen wir leider den Schluß ziehen, daß man in Amerika unverändert wenig Verständnis für deutsche Art und deutsches Verfassungsleben hat, sonst würde Willson nicht mit dem Vorwurf gegen die deutsche Kriegsführung und nicht mit dem Hinweis auf die angebliche deutsche Autokratie gekommen sein.

Die „Freisinnige Zeitung“ bezeichnet die Antwort als ein furchtbar ernstes und schwerwiegendes Dokument. Entweder, so sagt sie, war die erste Note, die nur von der Räumung besetzter Gebiete sprach, nicht ehrlich oder Willson ist vor den geglätteten Stimmen in Frankreich und England zurückgewichen, die nicht eine Räumung, sondern eine Vertreibung wünschen, die nur mit einem besiegten Deutschland verhandeln wollen auf der Plattform: Gewalt geht vor Recht.

Im „Berl. Lokalanzeiger“ wird gesagt, wenn man die neueste Leistung Willsons gebührend kennzeichnen wolle, könne man auf eine Rede Scheidemanns verweisen, der heute als Staatssekretär bei allen entscheidenden Maßnahmen der deutschen Reichsleitung mitzuwirken berufen sei. Scheidemann sagte u. a.: Diktiert die Entente den Frieden, dann wehe dem deutschen Handel, wehe der deutschen Industrie, dreimal wehe der deutschen Arbeiterschaft. Die Stotlosmachung von Millionen deutscher Arbeiter steht auf dem Spiele, wenn wir einen Frieden der Entente annehmen müßten. Elend und Not durch viele Jahrhunderte hindurch würden uns zum Bettelvolk Europas stempeln.

Wir möchten zu allem, was jetzt geschrieben und gesprochen und nicht selten von einer Augenblicks Stimmung diktiert wird, sagen, daß nur volle Einigkeit und Geschlossenheit des gesamten Volkes noch einen Erfolg verhessen kann. Unser deutsches Volk hat sich immer am herrlichsten bewährt, wenn es durch Druck und Not hindurch mußte. Die Stunde ist da, wo wir es von neuem beweisen können.

Eine Erklärung der Christlich-Sozialen.

Berlin, 16. Okt. (W. B.) Wie die „Nordd. Allgem. Zeitung“ mitteilt, tagte der Hauptvorstand der christlich-sozialen Partei unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Ballbaum in Köln und nahm zur gegenwärtigen Lage folgendermaßen Stellung: Die christlich-soziale Partei, erfüllt von dem tiefen Ernst unserer Lage, begrüßt das Rahen des Friedens mit großer Freude, wenn er die Ehre des deutschen Namens, die Unverletzlichkeit des deutschen Bodens und unsere koloniale und wirtschaftliche Entwicklung, die der freien Meere bedarf, wahrt. Die monarchisch-bundesstaatliche Verfassung, die unser Volk groß gemacht hat, muß in ihren Grundlagen unerschütterlich bleiben. Dagegen ist das Durchdringen des sozialen Geistes unerlässlich. Von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Volksträfte in diesen ersten Stunden tief durchdrungen, sehen wir unsere Zuversicht auf Gott den Herrn und die Geschichte, und gedenken in vollem Vertrauen unseres in unsäglichen Schwierigkeiten ausharrenden, unvergleichlichen Heeres und aller Getreuen und Tapferen in der Heimat. Der Hauptvorstand der christlich-sozialen Partei hält im Hinblick auf unsere bundesstaatliche Verfassung die Durchführung des englisch-französischen parlamentarischen Systems im Deutschen Reich für unangbar. Er erblickt in der Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen eine Staatsnotwendigkeit und betont die Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsystems.

Die Pariser Presse.

B. Berlin, 17. Okt. (Priv.-Tel.) Die Pariser Presse zeigt sich, wie es in einer Drahtmeldung der „Nordd. Allg. Ztg.“ heißt, von Willsons Antwort sehr befriedigt. Sie sieht ihren Wunsch, daß die Mittelmächte sich an Foch wenden möchten, erfüllt und dankt Willson für seine Ausführungen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ rät dem „Temps“, der über die Rolle des Reichstages spricht, die Aufgaben und das Wesen des Reichstages aufgrund der neuen Bestimmungen in unserem Verfassungswesen einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, er werde dann selbst erkennen, wie wenig er mit seiner tendenziösen Darstellung dem Reichstag, der die Verantwortung für das Friedensangebot übernommen habe, gerecht werde.

Was soll weiter geschehen?

Der „Petit Parisien“ sagt: „Willson setzt die Unterhaltung in einem immer entschiedeneren, immer gebieterischen, immer dringenderen Tone fort. Er stellt Vorfagen, deren Beantwortung sich Deutschland nicht mehr entziehen kann. Er wendet sich noch einmal an das deutsche Volk über den Kopf der Regierung hinweg. Entweder wird Deutschland sich unterwerfen, und dann wird die Militärdiktatur tragend zusammenbrechen, um einem neuen Regime Platz zu machen, das die gerechte Sühne leisten muß, oder aber es wird Widerstand leisten, und dann fällt die ganze Verantwortung für die Verlängerung des Krieges ihm zu. Willson hat die Trennung zwischen dem Volke und seinen Vertretern vorbereitet. Führt diese Politik zum Ziele, so wird sie der Welt eine ernste Gewähr bieten, denn der preußische Militarismus wird unterlegen sein.“ Das „Journal des Debats“ sieht als Folge der Willsonschen Antwort den Sturz des neuen Reichskanzlers Prinzen Max voraus, dessen Stellung ohnehin erschüttert sei. Es rechnet dann mit der Möglichkeit, wie bereits gerüchtweise angekündigt wurde, daß der Kaiser zu Gunsten eines Sohnes oder Enkels zurücktritt, und verfällt auf die überraschende Idee, daß dann Fürst Bismarck als Regent an die Spitze des Reiches treten werde, um die Ueberlieferung der Bismarckschen Politik zu retten. Wenn aber auch Bismarck einen Handstreich aus Samt und nicht aus Eisen über seine Faust ziehe, so werde sich die Entente nicht imponieren lassen. Deutschland müsse etwas anderes leisten, damit die Unterhaltung mit Willson auf einen ernsten Weg gelangt. Der radikale „Progres“ scheint in der Antwort Willsons und den Kommentaren der Pariser Zeitungen selbst

nur ein Mittel zu erblicken, die Nachgiebigkeit Deutschlands gegenüber den Forderungen der Entente durch Drohungen zu beschleunigen. „Wir haben“, so sagt er, „geschworen, den Krieg bis zu dem Tage fortzuführen, an dem der deutsche Militarismus besiegt sein wird. Wenn aber ein Militarismus um Waffenstillstand bittet, wenn er Vorschläge annimmt, die man ihm aufzwingt, and wenn er gezwungen ist, sich unter einen demokratischen Mantel zu stecken, so ist er bereits ein besiegter Militarismus. Deshalb Mut und Geduld!“

Eine Rundgebung für den Frieden.

B. Berlin, 17. Okt. (Priv.-Tel.) Dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Genf zufolge meldet „Proletaire“, daß die französischen Arbeiterverbände große Rundgebungen dagegen vorbereiten, daß Willsons Friedensabsichten durch die Ententeregierungen vereitelt werden.

Belchränkung der Militärgewalt.

Berlin, 16. Okt. (W. B.) Der heutige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nachstehende kaiserliche Verordnung: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1441) im Namen des Reiches, was folgt: Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1332) wird wie folgt geändert:

1. Paragraph 1 erhält folgenden Absatz 2: Der Oberbefehlshaber kann Anordnungen mit verbindlicher Kraft für die Militärbefehlshaber erlassen.

2. Es wird folgender Paragraph 3 hinzugefügt: Der Oberbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einvernehmen mit dem Reichsanzeiger oder dem von diesem bestellten Vertreter.

Urkundlich unter unserer höchstehendenhändigen Unterschrift beigeschrieben kaiserlichen Insignien.

Gegeben Großes Hauptquartier, 15. Oktober 1918.

(Siegel.)

Wilhelm.

Max Prinz von Baden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ferner eine an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichtete allerhöchste Order, in der bestimmt wird, daß die Militärbefehlshaber die Befugnisse, die ihnen auf Grund des in der Verordnung vom 31. August 1914 erklärten Kriegszustandes zustehen, nur im Einverständnis mit den von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden ausüben dürfen. Kommt ein Einverständnis zwischen den Militärbefehlshabern und der Verwaltungsbehörde nicht zustande, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuholen. Mit der kaiserlichen Verordnung dieser allerhöchsten Order ist die Grundlage geschaffen, daß alle auf Grund des Belagerungszustandes ergehenden Anordnungen der Militärbefehlshaber nur in Übereinstimmung mit den zuständigen zivilen Verwaltungsstellen ergehen können, und daß sie letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt werden.

Die Kämpfe im Westen.

Wie zu erwarten war, haben die Kämpfe in Flandern ihren Fortgang genommen. Die Engländer melden, daß die feindlichen Heere unter dem Oberbefehl des Königs Albert händeln. Trotz der gewaltigen Uebermacht blieb die Befreiung Belgiens in den Kesseln Flanderns stecken. Die deutsche Front ist nicht durchbrochen, sondern hält die Linie: Torhout—Jessem—Kortrijk. Nicht besser erging es den Franzosen an der Oise, wo die zahlenmäßig weit unterlegene 6. Bayerische Infanterie-Division, die seit Wochen im Kampfe steht, den Feind abschlug. Auch die Kämpfe an der Maas haben durchaus erfolgreich für uns geendet. Wir müssen uns immer wieder klar machen, daß der Feind das Höchstmögliche an Leistungsfähigkeit erreicht hat. Wenn unsere Westfront jetzt hält — und das tut sie — so hat der Feind keine Aussicht, sie jemals zu zerbrechen. Weder Frankreich noch England sind zu einem gleichen Kräfteaufwand fähig. Die Verluste, die sie erlitten haben, sind durch Reserven nicht mehr zu ersetzen, da sie selbst ihre Rekrutierten aus den kriegswichtigen Betrieben an die Front geworfen haben. Foch will und muß die Entscheidung noch vor Eintritt des Winters haben. Unter diesen Umständen ist das Verlangen der feindlichen Presse, Foch solle die Bedingungen des Waffenstillstandes bestimmen, reichlich anmaßend. Wir sind nicht geschlagen und wir werden auch nicht geschlagen. Unsere Front hält und es hat für die strategische Kriegslage keine Bedeutung, wenn wir verwüstetes Gelände überlassen. Diese Verwüstungen hat die feindliche Artillerie angerichtet, daran

ändert auch der unverfälschte Vagendienst der Gegner nichts. (Berlin zensiert.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 16. Okt. (W. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Ihr Hauptstoß richtete sich auf Torhout und gegen die Bahn Hegem—Kortrijk. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet; an anderen Stellen wichen sie kämpfend aus und wehrten den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf dem nördlichen Angriffsfügel blieb Torhout in unserer Hand. Versuche des Feindes, zwischen Werken und Torhout in nördlicher Richtung vorzustoßen, wurden in erster Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Division verhindert. Südlich von Torhout haben wir die Linie Lichterwede—Hegem gehalten. Südlich von Hegem gelang es dem Gegner, über die Bahn Hegem—Kortrijk hinaus vorzudringen; östlich der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach starker Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain—Aisoville hielten wir ihn durch unser Feuer nieder. Aisoville wurde nach heftigem Kampfe gegen den beiderseits des Ortes und gegen den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anstürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Oise vorbrechende feindliche Angriff scheiterte vor unseren Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im Kampfe stehende 6. Bayerische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor unseren neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind steht hier südlich der Serre und etwa in Lint-Viesse—Sissonne—Le Thour—St. Germainmont. An der Aisne-Front Erdungsgeschechte. Der zwischen Oigny und Grandpre auf Monton entlang der Aisne vorspringende kleine Stellungsbogen wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorübergehenden Halten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute heftige Angriffe der Amerikaner in unserer Feuer und an unseren Gegenstößen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einsatz weit überlegener Kräfte, starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Juvin, am Walde von Banthevillie und nordöstlich von Cunel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem östlichen Maasufer zersplitterten sich die zwischen der Maas und nordwestlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem sehr unübersichtlichen Waldgelände in sehr heftige Teilkämpfe, die zu unseren Gunsten endigten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Des Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Gröber

Lehren der Kriegs- für die Friedens-Wirtschaft.

Von Arthur Dix (Sofia).*)

Wie sehr man immer beim Friedensschluß danach streben mag, ihm lange Dauer gewährende Formen zu geben; wie stark nach den beispiellosen Opfern dieses Krieges das Sehnen der Völker sein mag, daß Ähnliches sich nie wiederhole — in Geltung bleiben wird doch die Lehre: Nach dem Kriege binde den Helm fester! Auch wenn es gelingt, einen neuen Waffengang von gleichem Ausmaß unwahrscheinlich zu machen, wird doch keine mit Tinte auf Papier gesetzte Formel die Reizung zu neuen Wirtschaftskriegen sicher zu bannen vermögen. Hungerungsplänen, die sich mit Gewalt nicht durchführen ließen, werden solche der List folgen. Ein Volk, das in der so schwierigen Lage des deutschen doch dessen wirtschaftliche Kraft bekennt, wird nie der Weider ermangeln, die in seiner Schädigung ihren Vorteil zu sehen wahren.

Durch die strenge Schule der Kriegswirtschaft gegangen, werden wir viele ihrer Lehren mit hinübernehmen müssen ins künftige Leben der Friedenswirtschaft. Die eine oben an: Daß wir fürderhin nie wieder kriegswirtschaftlicher Vorsorge ermangeln dürfen.

Unendlich schwer war es in den Jahren vor dem Kriege, Verständnis für die Fragen der kriegswirtschaftlichen Vorsorge zu wecken. Daß es der, man darf wohl sagen, umfänglichsten Behörde der Welt, unserem Großen General-

*) „Norddeutsche Monatshefte“, drei Türme Verlag, G. m. b. H., Hamburg 6. Wir machen unsere Leser auf das gute Heft aufmerksam.

Der Abtransport der französischen Zivilbevölkerung.

Berlin, 16. Okt. (W. T. B. Amtlich.) Die französische Zivilbevölkerung und ihr Abtransport. Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon wochenlang schwere Kämpfe abspielten, sah sich die Heeresleitung verpflichtet, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Cambrai und Douai sind bereits seit Anfang September, als englische Kanonen die Städte zu beschließen begannen, geräumt worden. Die Abbeförderung war eine sehr schwierige Sache, da vor allen Dingen die Ostausgänge der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man gab der Bevölkerung durch öffentliche Ansätze mehrere Tage zuvor die Abbeförderung bekannt. Darauf erfolgten die persönliche Aufforderung an die Familien, Besprechungen mit dem Bürgermeister, die Ausgabe von Einteilungsscheinen an die Familien, die Einteilung in Kolonnen und Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes waren Sammelplätze angelegt. Von der Militärbehörde waren Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die für die Zeit und Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärszwecke gesperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitmannschaften übernommen, die sie auf beschützten Straßen nach Orten des Hinterlandes brachten, nach denen Quartiermacher vorausgeschickt waren. Man trug dafür Sorge, daß Familienangehörige beisammen blieben und erlaubte der Bevölkerung, das Nötigste von ihrem Hab und Gut mitzunehmen. Sie machten davon auch ausgiebig Gebrauch und führten auf Karren, selbstgezeimerten Wägelchen und größeren Wagen alles Mögliche mit sich.

Auf den Wasserstraßen Nordfrankreichs transportierte man Greise, Kranke und Kinder, die den Anstrengungen desfahrens auf den Landstraßen nicht gewachsen gewesen wären. So wurden sadgemäß auf Rähnen aus Douai 500 Kranke und Krüppelkinder und 250 kranke Frauen aus Privathäusern und Hospitälern unter Aufsicht eines Arztes und mit Unterstützung von Sanitätspersonal vor den englischen Granaten in Sicherheit gebracht.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 17. Okt. 1918.

* Die Grippe scheint noch überall im Zunehmen begriffen zu sein. In Berlin mußten jetzt auch eine Anzahl Schulen geschlossen werden. In Braunschweig erkrankte die Herzogin, die Tochter Kaiser Wilhelms, mit ihren Kindern, ebenso die zu Besuch dort weilende Familie des Reichszantlers Max von Baden. Zahlreiche Todesfälle kamen in Cuxhaven vor. In Thüringen nimmt die Krankheit tödlichen Verlauf. Am Niederrhein wird bedenkliches Steigen der Seuche festgestellt. In Heidelberg und Umgebung, Frankfurt a. M. und in vielen anderen Städten sind die Schulen geschlossen. Daß der Unterricht auch in den beiden hiesigen höheren Lehranstalten, im Kgl. Kaiserin-Friedrich-Gymnasium nebst Realschule und im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Lyzeum bis auf weiteres ausfällt, wird im heutigen Angeigentell veröffentlicht.

* Kurzfrist. Ein neuer Lehrgang für Anfänger (Schule Gabelsberg) beginnt am Montag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal „Stadt Cassel“. (Siehe Anzeige).

n. Schöffengerichtssitzung vom 16. Oktober. Ein hiesiger Bäcker erhebt Einspruch gegen eine Strafverfügung von 60 Mark die ergangen war, weil sein Brot zu leicht befunden wurde. Durch gerichtliche Entscheidung wird die Strafe auf 20 Mark herabgesetzt.

In Gonsenheim wurde ein Maschinist und ein Dreher von Frankfurt a. M. angehalten, die sich mit je 80 Pfund Kefel beladen hatten. Wegen Diebstahls erhält jeder 14 Tage Gefängnis und der Dreher, der einen falschen Namen genannt hatte, noch 15 Mark Geldstrafe.

An der Haltestelle an der Elektrischen Bahn in Gonsenheim kam ein Fahrgast zu Fall, wofür er einen Bahnschaffner und eine Schaffnerin verantwortlich macht. Der Schaffner wird freigesprochen, die Schaffnerin erhält eine

Geldstrafe von 5 Mark.

Zu verantworten hatte sich noch eine Zimmermieterin, die ihrer Wirtin vierzehn Stück Seife und diverse Kleidungsstücke entwendet hatte. Sie erhält 14 Tage Gefängnis, soll aber auf die Liste der bedingt Begnadigten gesetzt werden.

* Die Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel gelten seit dem 1. Oktober nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Seit diesem Tage ist niemand verpflichtet, sie in Zahlung zu nehmen. Nur bei den Reichs- und Landesbanken werden noch bis zum 1. Januar 1919 Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, in Reichsbanknoten oder Darlehnskassenscheine und bei Beträgen unter 1 Mark gegen Bargeld umgetauscht.

* Gegen übermäßige Preise für Schulbücher richtet sich eine Verfügung des preussischen Unterrichtsministers. Der Erlaß geht davon aus, daß im weiteren Verlaufe des Krieges die Herstellungskosten für die Bücher infolge der fortwährenden Erhöhung der Löhne sowie der Papier- und Einbandpreise dauernd gestiegen sind. Eine Erhöhung der Schulbuchpreise sei deshalb nicht zu vermeiden. Der Minister hat aber den Verlegern gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie sich bei den Preisforderungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken werden.

* Wer seine Schuhe ausbessern lassen will, wendet sich am besten an einen Schuhmacher, der geschult mit Ersatzstoffen fertig werden kann. Wer möchte nicht gern Leder anstatt Ersatz haben! Die harte Kriegszeit zwingt aber jedermann zu der Einsicht, daß in erster Linie unsere Soldaten so reichlich wie möglich mit bestem Lederzeug ins Feld geschickt werden müssen. Dann aber bleibt für die Heimat nicht mehr viel übrig. Wir müssen uns nicht nur während des Krieges mit Ersatzstoffen für Sohlen behelfen, sondern werden auch noch lange Zeit nach Friedensschluß Ersatzsohlen tragen müssen.

Das hört sich weit schlimmer an als es wirklich ist. Von den Sohlen verlangen wir in erster Reihe Wärme, Wasserdichtigkeit und Dauerhaftigkeit. Es gibt auch Ersatzsohlen, die diese wichtigsten Eigenschaften des Leders besitzen.

Die Reichsregierung hat ja eine eigene dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation geschaffen, die alle Ersatzstoffe für Leder ausprobieren muß, bevor sie in den Verkehr kommen. Im Bunde mit der so erfindungsreichen deutschen Technik ist es ihr geglückt, einen sicheren Ausweg aus der Sohlennot zu finden. Das war nicht so einfach, da die deutsche Zivilbevölkerung im Jahre wenigstens zweihundert Millionen Paar Sohlen durchläuft. Die Deckung dieses gewaltigen Bedarfes ist nur durch stärkste Verwendung von Holz für Sohlen möglich.

Holzsohlen liegen bereits in bequemer und gefälliger Form vor. Holz ist aber doch etwas anderes als Leder. Das hat schon mancher Schuhmacher erfahren. Deshalb mußte in Berlin eine Lehrwerkstätte eigens für Schuhmacher errichtet werden, in der diese mit der Bearbeitungsweise der Holzsohlen, besonders der Holzsohlen, bekannt gemacht wurden. Auch vom Schuhmacherhandwerk verlangt der Krieg, etwas Neues zu lernen. Und das Neue hat sich bewährt. Die in Berlin ausgebildeten Schuhmacher haben die Kenntnisse der Bearbeitungsweise der Holzsohlen auch an ihre Fachgenossen in der Heimat weitergegeben und verarbeiten die Holzsohlen nunmehr ebenso zuverlässig wie die Ledersohlen. Sie haben mündlich und schriftlich bestätigt, daß ihre Kundschaft in Land und Stadt mit den Holzsohlen jetzt durchaus zufrieden ist.

* Sammelt Eicheln. Wenn wir im Frieden an einem Wintermorgen noch etwas unausgeschlafen und fröstelnd an den Frühstückstisch traten, stand da unsere liebe, alte Kaffeekanne, die uns aufmunterte und erwärmte. Sie spendete Tasse um Tasse. Im Kriege aber wurde ihr Inhalt immer dünner und knapper. Wir bezogen ja unseren ganzen Bohnenkaffee und den Hauptkaffee aus dem Ausland, und das war uns jetzt versperrt. Wir sind daher ganz auf einheimische Gewächse angewiesen. Mit denen machte man immer nur Proben, bis man eine sehr gute Mischung herausbekam. Ein sehr wichtiger Bestandteil ist unsere Eichel. Eichelfaffee gab es früher. Jetzt

Die Nahrungsmittelfragen haben uns während des Krieges täglich und stündlich beschäftigt. Jedermann weiß, welche Enthaltsamkeit wir uns auferlegen mußten, um den Krieg nicht durch die Macht des Hungers zu Ende gehen zu lassen. Die Wissenden aber wurden in mancher bangen Stunde mehr noch durch die Sorge geplagt, ob nicht das Verfliegen irgend eines, dem Laien kaum bekannten Hilfsstoffes der Munitionsvorsorgung uns plötzlich vor das Ende mit Schrecken stellen würde. Daß diese Gefahr glücklich abgewandt werden konnte, ist vornehmlich nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst der deutschen Wissenschaft.

Für die Zukunft werden wir mit allen nur erdenklichen Mitteln des Wirtschaftskrieges zu rechnen haben, wenn wir unsere Friedenswirtschaft sichern wollen. Feindselige Schiffahrts-, Trust-, Monopol-, Ausfuhr- und Einfuhrverbot-Politik könnte uns sowohl mit Nahrungsmitteln wie besonders mit industriellen Rohstoffen in peinliche Verlegenheit bringen, wenn wir nicht wirtschaftlich rüsten, als Hände täglich ein neuer Krieg vor der Tür. Nehmen wir nur beispielsweise an, ein englisch-amerikanischer Trust geböte unbeschränkt auf dem Markt für irgend ein Metall und wollte die deutsche Industrie auf die Knie zwingen, indem er sie, was wenigstens für einen großen Zeitraum sehr wohl durchführbar, von dessen Zufuhr völlig abschnitt. Sträflicher Leichtsinns wäre es, wollten wir Maßnahmen dieser Art nicht in die Rechnung unserer künftigen Friedenswirtschaft einstellen und uns dagegen gewappnet halten, sei es durch planmäßige Stapelpolitik, sei es durch alle Künste des Arbeitens mit vervollkommenen Ersatzstoffen.

(Fortsetzung folgt.)